Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,850.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belagexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 60 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 123. **Donnerstag** den 3. Mai 1883. **77. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Es ist in neuerer Zeit wiederholt vorgekommen, daß Hunde in den städtischen Revieren Rehe gehetzt, ja sogar zerrissen haben. Wir haben daher in Gemäßheit der Bestimmungen in §§. 35 und 37 des Gesetzes vom 1. December 1864, die Ausübung der Jagd betr., die Forstbeamten angewiesen, diejenigen, welche ihre Hunde in den städtischen Waldungen, einschließlich des Rosenthales, revieren lassen, zur Anzeige zu bringen, unbeaufsichtigte und im Aufsuchen oder Verfolgen des Wildes begriffene Hunde aber unnachsichtlich zu tödten.

Wir sprechen hierbei die Erwartung aus, daß die Eigenthümer von Hunden in ihrem eigenen und im allgemeinen Interesse diese Anordnung nicht unbeachtet lassen und dadurch zur Schonung des die Besucher der Waldungen erfreuenden Reichstandes mit beitragen werden.

Leipzig, den 1. Mai 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Oeffentliche Versteigerung.

Dienstag, den 8. Mai, von Nachmittags 2 Uhr ab, gelangen im Hofe der Kaserne Pleißenburg eine Partie ausrangirter Bekleidungsstücke, Stiefel, Schuhe, Riemen, Blechgefäße, Messingtheile, Mützenschirme, Fechthandschuhe, Musikinstrumente und verschiedene andere Gegenstände gegen sofortige Baarzahlung zur öffentlichen Versteigerung.

Königliches 8. Infanterie-Regiment „Prinz Johann Georg" Nr. 107.

Nichtamtlicher Theil.

Der Nationalitätenstreit in Oesterreich.

In Wien sind während der Berathungen des Reichsraths über die Schulnovelle Gegensätze zu Tage getreten, welche mit Nothwendigkeit auf eine Katastrophe hindrängen. Der Ton, welcher in diesen Debatten herrschte, war ein so leidenschaftlicher, wie er in den Räumen des Reichsraths bisher unerhört war, aber die Nationalitätenpolitik bringt solche Erscheinungen hervor und es ist nur ganz natürlich, daß die Gegensätze sich bis zur Unverträglichkeit zuspitzen. Der Abgeordnete v. Plener wies in seiner großen Rede gegen den §. 75 der Schulnovelle, welcher Galizien und Dalmatien von dem Geltungsgebiete des Gesetzes ausschließt, auf die Gefahren hin, welche das System Taaffe bringt, er zeigte, wie lose der Zusammenhang der einzelnen Theile Oesterreichs unter der jetzigen Regierung geworden sei, den Polen sagte er es auf den Kopf zu, daß sie die Losreißung Galiziens von Oesterreich und die Wiederherstellung Polens anstreben, den Czechen führte er zu Gemüthe, daß sie die beste Gelegenheit zur Versöhnung, von der sie immer fabelten, bei der Abstimmung über die Schulnovelle hätten vorübergehen lassen und der Regierung machte er den schweren Vorwurf, daß sie sich um Oesterreich und um die Armee nicht kümmere. Diese Worte zogen dem Redner zwar einen Ordnungsruf zu, aber das hinderte ihn nicht, unmittelbar darauf zu erklären, daß er das Gesagte im ganzen Umfang aufrecht erhalte. Und was vermochte Graf Taaffe auf diese schwere Anklage des Abgeordneten v. Plener zu erwidern? Nichts als, daß er den wahren Staatsgedanken Oesterreichs vertrete, daß es der Stolz der Regierung sei, sich auf eine zusammengewürfelte, aus allen Nationen und Völkern bestehende Mehrheit zu stützen. Graf Taaffe übersah bei dieser Antwort nur, daß die Mehrheit nicht auf regelmäßige und natürliche Weise zu Stande gekommen ist, sondern mit Mühe und Noth durch Concessionen an die einzelnen Nationen, an die Polen, Czechen und Dalmatiner. Der Rest, die Ultramontanen und die Feudalen, wurden durch das Streben nach Macht veranlaßt mit der Regierung zu gehen, in ihrem Interesse liegt es, wenn die Schule den Händen des Klerus überantwortet wird.

Die Abstimmungen vom 19. und vom 28. April waren die Probe auf das Taaffe'sche Nationalitäten-Exempel, statt der Versöhnung ist die Saat des Hasses in Oesterreich aufgegangen, der Krieg Aller gegen Alle. Es ist nicht denkbar, daß Deutsche, Polen, Czechen u. s. w. auf die Dauer mit einander an der österreichischen Gesetzgebung arbeiten können, denn was dem Interesse der einen Nation entspricht, schadet dem Ganzen. Das hat die Schuldebatte auf unwiderlegbare Weise gezeigt. Die Polen wollen von der Schulnovelle nichts wissen, sie stimmen aber dafür, um dafür Gegendienste von der Regierung zu erhalten, noch größere Autonomie, als sie ohnedies schon besitzen, dazu Eisenbahnen und sonstige Separatvortheile. Die Dalmatier verlangen die kroatische Amtssprache, diese wird ihnen gewährt, damit sie für die Schulnovelle stimmen, die in der Hauptsache auf die deutschen Provinzen gemünzt ist, auf Tirol, Schlesien, Ober- und Niederösterreich; die Czechen stimmen für die Schulnovelle, nachdem sie eine Resolution erreicht haben, durch welche sie sich gegen die Wirkungen der Novelle in Böhmen und Mähren schützen können, und was ist also das Gesammtergebniß dieser Berathung, welche das österreichische Staatswesen in seinen Grundvesten erschüttert? Die Annahme der Novelle mit 170 gegen 167 Stimmen gegen eine Minorität, die der mit allen Mitteln zusammengetrommelten Mehrheit fast gleichkommt.

Und wenn durch solche bedenkliche Experimente wenigstens der Zusammenhang zwischen den slavischen Nationalitäten gefestigt würde! Aber auch das ist nicht der Fall, denn das was die Polen wollen, ist himmelweit von dem verschieden, was die Czechen interessirt, sie wollen sich nicht vereinigen, sie streben nur auseinander, der österreichische Staatsgedanke des Grafen Taaffe existirt für sie nicht, er ist das Geheimniß dieses Ministers. So lange die Regierung ein offenes Ohr für die Wünsche der Nationen und Nationchen hat, sind sie ihr zu Willen, sobald sie aber das Eine erreicht haben, strecken sie die Hände nach weiteren Gaben aus. „Der Sprachenstreit ist schon in die Armee einzedrungen" sagte Herr v. Plener und es ist in der That bald so weit gekommen, daß die Polen polnisches, die Czechen czechisches Commando verlangen, wie die Ungarn ungarisches. Aber daran vermag selbst die Nationalitätenpolitik des Grafen Taaffe nichts zu ändern, daß die Armee durch einheitliches Commando zusammengehalten wird und daß dieses in deutscher Sprache und nicht in irgend einem slavischen Idiom erfolgt. Plener führte den Nachweis, daß die Rekruten, welche schreiben und lesen können, weit leichter auszubilden sind, als die, welche sich erst während des Militärdienstes die nothwendigsten Kenntnisse aneignen müssen, darunter leiden die Interessen der Armee, wenn das Material, welches ihr zugeführt wird, roh und unwissend ist. Und doch setzt die Regierung alle Kräfte in Bewegung, um den Bildungsstand der Bevölkerung herabzudrücken. Hat doch der Unterrichtsminister von Conrad selbst zugestehen müssen, daß durch den §. 21 der Schulnovelle, welcher die Entscheidung über die Frage, ob 8jähriger oder 6jähriger Unterricht, in die Hände der Gemeindeausschüsse legt, die Bildungsgelegenheit vermindert, die Schulaufgabe in pädagogischer Hinsicht beschränkt wird. Der Abgeordnete von Plener hätte noch einer anderen näher liegenden Thatsache Erwähnung thun können, um der Regierung den Beweis zu liefern, daß sie nicht den österreichischen Staatsgedanken vertritt. Wie wäre denn überhaupt ein Verfassungsleben in Oesterreich möglich, wenn nicht die deutsche Sprache Staatssprache wäre. In welcher Sprache sollten denn die Reichsrathsverhandlungen geführt werden? Vielleicht in polnischer oder czechischer? Da liegt der Angelpunct, welcher das Ganze zusammenhält; sowie das deutsche Element aufhört das maßgebende zu sein in Oesterreich, dann fällt das Staatswesen auseinander. Und was war der Sinn der Drohung des Abgeordneten Chlumecky in der Sitzung vom 28. April? „Treiben Sie es nicht zu weit, die Geduld könnte einmal reißen." Damit sollte die Möglichkeit angedeutet werden, daß die liberale Partei den Reichsrath verließe, damit die Nationalitäten unter sich blieben und die Mehrheit ohne jeden Widerspruch ihre Beschlüsse durchsetzen könnte. Wenn das geschieht — und die Ausführung ist schon in sehr gefahrdrohende Nähe gerückt — dann ist es zu Ende mit dem Verfassungsleben in Oesterreich, dann ist die angebliche „Versöhnung" der Nationalitäten, wie sie Graf Taaffe vertritt, vollständig, das heißt, dann ist das deutsche Element gänzlich losgelöst aus dem österreichischen Staatsgedanken. Das ist der Fundamentalfehler an der Taaffe'schen Rechnung, daß die Versöhnung der Nationalitäten nur durch den Bruch mit dem Deutschthum, mit dem wahren österreichischen Staatsgedanken, wie ihn Plener sehr richtig nennt, zu erreichen ist, und daß andererseits dann die Versöhnung sich durch die Auflösung in die einzelnen Bestandtheile des Gesammtstaates vollzieht. Es gab eine Zeit, in welcher die Czechen dem Reichsrath fern blieben, dadurch geschah dem Ganzen kein Schade, die Czechen blieben unter sich, aber der österreichische Staatsgedanke wirkte fort und bethätigte sich in anderer weit wirksamerer Weise als heute. Jetzt befinden sich die Czechen im Reichsrath, sie nehmen Theil an der Gesetzgebungsarbeit, aber auf Kosten des österreichischen Staatsgedankens. Oder ist es nicht etwa ein unberechenbarer Nachtheil für Oesterreich, daß sich in Böhmen Czechen und Deutsche in unversöhnlicher Feindschaft gegenüberstehen, daß Prag allmälig aufhört eine deutsche Stadt zu sein? Wie wird es aber dann, wenn die Deutschen den Reichsrath verlassen, wenn sie den Slaven das Feld räumen, wird dadurch die Versöhnung befördert, wächst damit der österreichische Staatsgedanke? Das System Taaffe ist jetzt an dem Punct angelangt, wo es mit sich selbst in Widerspruch gerathen ist, statt Versöhnung ist Haß, statt Zusammenfassung Auflösung das Ergebniß seiner Politik. Will er noch weitere Beweise abwarten, daß er auf falschem Wege ist? Die Debatten über die Schulnovelle haben ihm ein Bild der Zustände, welche er in den drei Jahren seiner Regierung geschaffen hat, entrollt, wie er es sich wahrheitsgetreuer und greller nicht wünschen konnte. Aber er scheint dennoch festzuhalten an dem, was er den österreichischen Staatsgedanken nennt. Der Beweis, daß Plener Recht hat, er selbst aber Unrecht, wird ihm aber dennoch früher oder später in die Hand kommen, die Thatsachen werden eine Sprache reden, welcher sich selbst die größte Verblendung nicht länger verschließen kann.

Leipzig, 3. Mai 1883.

* Der Wiesbadener Aufenthalt unseres Kaisers ist zu Ende. Kaiser Wilhelm weilt seit Dienstag wieder in seiner Haupt- und Residenzstadt Berlin. Mittwoch beginnt der greise Monarch nach kurzer Muße seine kriegsherrlichen Pflichten wiederaufzunehmen, indem er zur Feier des Jahrestages von Groß-Görschen eine Parade über das erste Garde-Regiment in Potsdam abhalten wird. In der nächsten Woche beginnen die Truppen-Besichtigungen der Berliner Garnison, die bis zum Schlusse des Monats währen und mit der großen Parade auf dem Tempelhofer Felde und im Lustgarten zu Potsdam ihren Abschluß erreichen. Den beiden großen Frühjahrs-Paraden wird der Kaiser auch in diesem Jahre beiwohnen und sich unmittelbar darauf nach Ems zur Cur begeben. Die bisher bestimmten Dispositionen setzen die Abreise nach Ems für den 1. Juni fest. Der Kaiser würde dadurch, wie im vorigen Jahre, den Cavalleriebesichtigungen fern bleiben, die vom 9. bis 16. Juni währen sollen und welche, wie im vorigen Jahre, der Kronprinz abnehmen wird. Der Kaiser ist in Gesellschaft seiner Tochter, der Frau Großherzogin von Baden, in Berlin angelangt, welche wiederum einen längeren Aufenthalt daselbst nehmen wird.

* Die Dementis der „Kreuz-Ztg." in Betreff der bevorstehenden Demissionen im Marineofficiercorps sind schnell von den Thatsachen widerlegt worden. Nachdem sich das hochconservative Blatt erst kürzlich in einem Artikel über geplante Veränderungen in der Organisation der Marine gewissermaßen parenthetisch zu dem Zugeständniß bewogen fühlte, daß Vicevicepräsident Batsch nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren werde, hatte sie zugleich mit Entschiedenheit weitere Demissionen der Contre-Admirale in Abrede gestellt. Nun ist es aber Thatsache, daß Contre-Admiral Berger schon um seine Entlassung eingekommen ist und daß ihm der dreimonatliche Urlaub, der der Genehmigung des Demissionsgesuches vorauszugehen pflegt, bereits ertheilt ist. Die „Kreuzzeitung" wird natürlich im Abrede stellen, daß das Letztere eine Consequenz der Ernennung des Herrn von Caprivi zum Chef der Admiralität ist und sicherlich einen vorzüglichen Grund zur Erklärung der gemeldeten Thatsache auf Lager haben. Aber man wird ihr nicht mehr glauben, nachdem man erfahren hat, daß sie grundsätzlich die Ernennung des Herrn von Caprivi nicht in Verbindung mit den Personalveränderungen im Marine-Officiercorps in Verbindung gebracht wissen will. Mit gleicher Bestimmtheit meldet man jetzt, daß in entsprechenden Intervallen auch mehrere andere höhere Seeofficiere um ihre Entlassung einkommen werden. Man hielt es nicht für angemessen und rathsam durch gleichzeitiges Ausscheiden die Marine um ihre höchsten Officiere zu bringen und dadurch die Leistungsfähigkeit der ersteren wenigstens augenblicklich zu schwächen. Man wollte auch der Verwaltung die nöthige Zeit lassen, über die Besetzung der frei werdenden Posten zu berathen, um zu verhindern, daß nicht-geeignete Persönlichkeiten an maßgebender Stelle verwandt werden. So sieht man denn, welche Folgen das Ausscheiden des Herrn v. Stosch aus dem Marinedienst gehabt hat; nicht nur in der obersten Leitung der Marine, sondern in den nächsthöheren Stellen, ist ein Personenwechsel eingetreten.

* Die Rückkehr des Staatsministers von Bötticher nach Berlin, welche für die nächste Zeit schon erwartet wurde, soll eine abermalige Verzögerung erfahren. Wie wir hören, wird jetzt der Heimkehr des Ministers erst um die vierte Maiwoche entgegengesehen. — Die Annahme, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten, Maybach, sofort abreisen würde, dürfte nicht zutreffend sein. Nach Allem, was verlautet, gedenkt der Minister gegen den 10. Mai zunächst nach Ober-Italien zu gehen. Von den Aerzten soll Herrn Maybach dringend empfohlen worden sein, sich aller Geschäfte zu enthalten und nicht wie in früheren Jahren während der Urlaubsreise sich die wichtigen Sachen nachschicken zu lassen. Da das Leiden des Ministers vornehmlich in nervöser Abspannung besteht, so steht zu hoffen, daß eine längere Enthaltung von der anstrengenden Arbeit eine baldige Genesung zur Folge haben wird.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" setzt ihre Polemik gegen die „Nationalzeitung" fort. Das officiöse Blatt schreibt: „Die „Nationalzeitung" hat nicht nur die erfundene Nachricht in die Welt gestreut, Graf Hatzfeldt werde in Folge von Differenzen seine gegenwärtige Stellung aufgeben, sondern sie hat am Sonntag auch den Minister der öffentlichen Arbeiten seinen Abschied nehmen lassen. Selbstverständlich hat das Blatt sich leither schon zu einer Selbstberichtigung verstehen müssen, was jedoch die Frage nicht beseitigt, ob eine Zeitung, welche sich mit solchen Klatschgerüchten abgiebt, zu selbstständiger verständiger Arbeit überhaupt befähigt erscheint."

* Die Berathung der Verwaltungsgesetze im preußischen Abgeordnetenhause nimmt einen raschen und glatten Verlauf und kann ohne Mühe vor der Pfingstvertagung zu Ende geführt werden. Es zeigt sich immer bestimmter, daß für die Commissionsbeschlüsse im vollen Umfang eine feststehende Mehrheit von Conservativen und Centrum vorhanden ist, und wenn auch die Regierung noch nicht überall ihre Zustimmung zu der Umgestaltung ihrer Vorschläge erklärt hat, so kann man doch nicht daran zweifeln, daß Herr von Puttkamer schließlich nimmt, was ihm geboten wird. Angesichts dieser ziemlich feststehenden Entscheidung muß man sich von liberaler Seite auf Wahrung des principiellen Standpunctes oder auf kleine Verbesserungen beschränken. Trotz des raschen Gangs der Berathung über die Verwaltungsgesetze ist es nicht möglich, die Landtagssession an Pfingsten zu schließen, schon weil das Herrenhaus diese Gesetze einer gründlichen Durcharbeitung unterziehen wird. Jedenfalls wird auch noch der Versuch gemacht werden, die Canalvorlage zu retten, ob mit Erfolg, bleibt freilich sehr zweifelhaft. Unter allen Umständen wird namentlich auch noch die Subhastationsordnung zu erledigen sein. Wie man hört, besteht der Abg. Windthorst auch noch auf der Durchberathung seines zweiten Antrages, betreffend Aufhebung des Sperrgesetzes, und hält eine neue kirchenpolitische Verhandlung für wünschenswerth. Die parlamentarische Dranglage wird sowohl auch nach Pfingsten noch fortdauern.

* * *

* Immer mehr erweitert sich das Ortsgruppennetz des deutschen Schulvereins in Wien, immer größer wird die Mitgliederzahl desselben, in immer stärkerem Maße fließen der Centralleitung die Einnahmen zu. Jetzt schon arbeiten über 600 Ortsgruppen daran, der deutschen Bevölkerung in den sprachlich gemischten Gebieten Cisleithaniens durch Errichtung und Erweiterung deutscher Schulen, durch Stiftung von deutschen Bibliotheken, durch Inslebenrufen deutscher Kindergärten u. s. w. einen festen Halt zu geben und das Aufsaugen kleiner deutscher Sprachinseln durch Polen, Czechen, Slowenen und Italiener zu verhindern. Daß die 250,000 fl., welche der Schulverein für 1883 nöthig hat, aufgebracht werden, kann schon jetzt als sicher angenommen werden; denn bis zum 10. April waren bereits 70,000 fl. bei der Centralleitung in Wien eingegangen. Von dieser Summe wurden bereits 52,000 fl. für Schulzwecke verwendet. In den letzten zwei Wochen flossen der Centralleitung des Schulvereins allein an Spenden 6353 fl. 96 kr. zu, darunter beispielsweise 1748 fl. 50 kr. als das Reinerträgniß eines in Reichenberg abgehaltenen Balles, 100 fl. Legat eines Bauern aus der Brüxer Gegend, 2014 fl. vom Universitätskränzchen-Comité in Wien, 438 fl. vom Württembergischen Schulverein, 180 fl. von der Theater-Dilettantengesellschaft in Liebenau, 100 fl. von der Sparcasse in Wiener-Neustadt, 100 fl. von der Bezirksvertretung in Tannwald, 200 fl. von der Bezirksvertretung in Gablonz, 50 fl. Concerterträgniß in Zechnitz, 50 fl. vom Spar- und Vorschußverein zu Walachisch Meseritz. Noch stärkere Einnahmen als durch diese Spenden, die sich jede Woche auf 1000—2000 fl. belaufen, erzielt der Deutsche Schulverein in Wien durch die regelmäßigen Jahresbeiträge der 80—100,000 Mitglieder.

* Während die russische Regierung alle Vorbereitungen trifft, um die Krönungsfeier möglichst großartig und pomphaft zu gestalten, kommt aus Petersburg die Nachricht von einer neuen Verschwörung, die um so bedenklicher erscheint, als sie sich auf militairische Kreise erstreckt. Am letzten Dienstag wurden in der russischen Hauptstadt, wie der Wiener „Presse" von dort gemeldet wird, in aller Stille acht Officiere verhaftet, darunter ein Oberst, Lehrer an der Constantinow-Junkerschule, zwei Artillerie-Officiere und drei Marine-Officiere. Vorher hatte man in Smolensk sechzehn Personen, davon die Mehrzahl Artillerie-Officiere, verhaftet. Gleichzeitig sind Verhaftungen in Perm und Jekaterinoslaw vorgenommen worden. Man ist, wie es heißt, einer ziemlich weitverbreiteten Militairverschwörung auf die Spur gekommen. Die Verschworenen standen mit den früheren Terroristen in engen Beziehungen und hatten ihre eigenen Executiv-Comités gebildet. Das Hauptcomité scheint seinen Sitz in Smolensk aufgeschlagen zu haben, während die Comités in Petersburg, Perm und Jekaterinoslaw nur Filialen waren. Der Zweck der Verschwörung soll der Umsturz der Selbstherrschaft gewesen sein und direct die Dynastie Romanow betroffen haben; ferner war es die Absicht der Verschwörer, „womöglich" eine republikanische Regierungsform in Rußland einzuführen. In Smolensk sind sehr wichtige Schriftstücke aufgefunden worden, aus welchen hervorgeht, daß die Actien der Verschwörer gleich, nachdem die Krönung stattgefunden hätte und die Krönungsfeste abgeschlossen waren, beginnen sollte. Die Krönung selbst soll weder von den Terroristen, noch von anderen Revolutionären gestört werden. Die jamesen rothgedruckten kleinen Zettel, welche die Vertreter des Auslandes vor eventuellen Unglücksfällen in Moskau warnen und sie bitten, nicht dahin zu kommen, werden durch von der Partei der russischen Revolutionaire ausgegebene Zettel als eine Mystification erklärt. In Petersburg gingen die Verhaftungen ganz still vor sich; nur in Smolensk wurde von beiden Seiten geschossen. Dort fand man auch eine große Anzahl der neu verbesserten Wurfgeschosse mit Dynamitladung. Wir glauben diese Nachrichten wiedergeben zu müssen, die, wenn sie sich bestätigten, als trauriges Symptom einer unter scheinbar ruhiger Oberfläche fortdauernden Gährung erscheinen müßten.

* Aus Bukarest wird gemeldet, daß der Russenfreund und ehemalige Minister Kogalniceano, der jetzt an der Spitze der Opposition steht, durch eine etwas mysteriöse Affaire jüngsten Datums compromittirt erscheine. Kogalniceano besitzt an der bessarabischen Grenze ein Landgut, das er in Pacht gegeben hat. Es mußte also auffallen, daß er sich trotzdem häufig dahin begab, und nähere Nachforschungen führten zu dem Resultate, daß er dort Besuche von jenseits der Grenze empfange, und daß sich Personen, welche ihm nahestehen, ebenfalls häufig nach Bessarabien begaben. In Abwesenheit Kogalniceano's sollen auf seinem Gute interessante Schriften und Pläne aufgefunden worden sein.

* Ueber die am Dienstag stattgefundene Sitzung des französischen Senats wird uns aus Paris gemeldet: „Auf die Interpellation des Herzogs von Broglie über die deutsch-österreichisch-italienische Tripelallianz erwiderte der Minister des Auswärtigen, Challemel-Lacour, er verstehe nicht, wie man Fragen über ein Factum aufwerfen könne, das noch vollständig mit Dunkel umgeben. Er, der Redner, könnte, wie dies Gladstone gethan habe, sich auf die in Rom und Pest abgegebenen Erklärungen beziehen, aber die in Rom und Pest gemachten Ausführungen seien nicht identisch; dann seien auch die Commentare über dieselben sehr verschieden. Challemel-Lacour bestreitet nicht, daß eine Annäherung der drei Mächte stattgefunden habe, findet aber in dieser Thatsache nichts Neues, auch werde durch dieselbe kein neues Element in die europäische Politik hineingetragen. Der Minister glaubt an die Aufrichtigkeit der Worte Mancini's und Tisza's, welche erklärten, daß kein aggressiver Gedanke gegen Frankreich dem Bündniß zu Grunde liege. Kein Staatsmann könne daran denken, daß Frankreich aus dem europäischen Concert ausgestoßen werden könne; Niemand könne ferner glauben, daß, wenn ein Angriff gegen Frankreich von irgend einer Seite beabsichtigt wäre, ein solcher leicht sein würde, deshalb theile die Regierung die Befürchtungen Broglie's nicht. (Beifall.) Challemel spricht sein Bedauern darüber aus, daß er nichts weiter über die Tripelallianz wisse, glaubt aber, daß Nichts die Beziehungen Frankreichs zu den Mächten oder die bisherige Haltung Frankreichs ändern werde. „Wir werden uns der Nothwendigkeit fügen, wir werden kein Bündniß suchen, sondern nur darnach trachten, offen in guten Beziehungen zu allen Mächten zu leben. Wir wünschen mit allen in gutem Einvernehmen zu bleiben, soweit dies mit unserer Würde verträglich ist. Wir werden fortdauernd die Rechte Anderer achten, ohne die unsrigen aufzugeben. Frankreich muß vorsichtig sein, denn ein besiegtes Land, welches sich erholt und dessen Lage es dazu zwingt, eine beträchtliche Streitmacht zur Defensive zu unterhalten, kann sich nicht darüber wundern, der Eifersucht ausgesetzt zu sein. Hoffentlich werden sich, Dank unserer Klugheit und Loyalität die Dispositionen des Auslandes ändern. Inzwischen müssen wir aufmerksam sein, und wir sind es auch". Der Minister constatirte, daß das Land keineswegs beunruhigt und die gegenwärtige Interpellation daher unnöthig sei. Er glaube, das gute Recht und die gesunde Vernunft zählten auch als etwas und dienen auch als Vertheidigung. — Broglie erklärte hierauf, die Antwort Challemel's habe ihn nicht befriedigt und er könne kein Vertrauen zu einer Regierung haben, welche seit dem Jahre 1878 eine schlechte Politik und schlechte Finanzwirthschaft getrieben. Die Interpellation war damit erledigt."

* Das Actionsprogramm der irischen Nationalpartei, wie es von der Convention in Philadelphia vereinbart worden, hat, was übrigens im Vorhinein feststand, den Beifall jener desperaten Elemente, die nur noch bei Dynamit und Nitroglycerin schwören, nicht gefunden. Kaum hatte die Convention ihre Sitzungen geschlossen, so berief Hr. O'Donovan Rossa seine Getreuen zu einem eigenen „Congreß" ein, um sich über ein selbstständiges Vorgehen schlüssig zu machen. Weislich hüllten sich die Dynamit-Apostel in das tiefste Geheimniß, da sie sehr wohl wissen, daß ihre verbrecherischen Tendenzen bei einem großen Theil der transatlantischen Irländer mehr als unmündig sind, vor Allem aber, weil ihnen die amerikanischen Behörden sehr unbequem zu werden anfangen. Nicht als ob sich irgend ein Mitglied der sauberen Gesellschaft von einer Beeinträchtigung betreffs der oder gar des Verlustes seiner individuellen Freiheit bedroht glaubte; dagegen bieten die Gesetze der Union Garantien über Garantien. Aber das Washingtoner Cabinet hat sich anheischig gemacht, keine Attentatsvorbereitungen auf amerikanischem Boden zu dulden und wird gegen Zuwiderhandelnde eventuell mit Criminalstrafen einschreiten. Aus den signalisirten Dispositionen der Unionsregierung darf man den erfreulichen Schluß ziehen, daß die unsinnige Theorie, wonach jede Unthat, sofern sich ihr nur ein „politisches" Mäntelchen umhängen läßt, mit anderm als dem Maße des gemeinen Verbrechens gemessen werden müsse, auch in der amerikanischen Republik als Das, was sie ist, als Humbug, erkannt wird.

Die armenische Frage.

Im Orient herrscht niemals politischer Stillstand. Die vielfachen Interessen und Differenzen, welche dort zu Tage treten, beschäftigen fortwährend die europäische Diplomatie, die aber gar nicht in der Lage ist, die Ursachen der Bewegung gründlich zu beseitigen, weil die Natur derselben durch bloße Verhandlungen von Cabinet zu Cabinet sich nicht aus der Welt schaffen läßt. So muß die Diplomatie sich darauf beschränken, ein wachsames Auge auf den Orient zu haben, um dafür zu sorgen, daß die verschiedenen Fragen und Conflicte